

der Freitag

[der Freitag](#) >> [Wochenthema](#) >> [Auf verlorenem Posten](#)

Wochenthema

Afghanistan | 28.01.2010 09:00 | Jürgen Rose

[\[4 \]](#) 

Auf verlorenem Posten

Die Bundeswehr wird immer tiefer in den Konflikt hineingezogen. Daran kann auch Merkels neue Strategie nichts ändern



Ob der immer noch amtierende Inspekteur des deutschen Heeres, Generalleutnant Hans-Otto Budde, den Oberst Georg Klein im Sinne hatte, als er einst den „archaischen Kämpfer und High-Tech-Krieger“ zum Leitbild für den Bundeswehrsoldaten des 21. Jahrhunderts erklärte, mag dahinstehen. Fest steht, dass dieser deutsche Offizier, als er zwei US-Jagdbomberpiloten

unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zum Bombenabwurf verleitete, der Vorgabe seines höchsten Vorgesetzten nahezu idealiter entsprach. Wahrlich archaisch war in der nächtlichen Feuerhölle am 4. September 2009 das Sterben von über 140 Menschen im Flussbett des Kunduz-River. Die GBU-38-Bomben fanden mit chirurgischer Präzision ihr Ziel – lasergesteuert aus dem Cockpit zweier Kampfflugzeuge, deren Crews von Fliegerleitoffizieren geführt wurden, die weitab vom Geschehen in der aseptischen Atmosphäre klimatisierter Gefechtsstände an ihren Monitoren saßen. Spätestens mit jenem Einsatz waren die Söhne und Enkel, die in den Streitkräften der demokratischen Bundesrepublik Deutschland dienen, dort angekommen, wo ihre Väter und Großväter in den Uniformen der Wehrmacht aufgehört hatten: mitten im Krieg.

Bewaffnete Entwicklungshilfe

Dabei hatten die Gründungsväter der Bundeswehr, die sich 1950 im Eifelkloster Himmerod einfanden, um die neuen deutschen Streitkräfte zu konzipieren, das genaue Gegenteil im Sinn. Konstitutiv für den Auftrag der Bundeswehr sollte die Friedenssicherung durch Abschreckung und – notfalls – Verteidigung sein. Besonders Wolf Graf von Baudissin, der Spiritus Rector der Inneren Führung mit ihrem Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“, dachte sich die künftigen Vaterlandverteidiger als „Soldaten für den Frieden“.

Auch als vor mehr als acht Jahren der Bundeswehreinsatz in Afghanistan begann, sollte der jener Maxime folgen und laut Kanzler Schröder eben kein „militärisches Abenteuer“ sein. Politik, Öffentlichkeit und Streitkräfte waren sich damals einig, dass mit jener UN-mandatierten International Security Assistance Force (ISAF) lediglich „zivil-militärische Zusammenarbeit“, Brunnenbohren, Schul- und Brückenbau unter der Obhut internationaler Schutztruppen – ein bisschen bewaffnete Entwicklungshilfe sozusagen – gefragt seien. Lediglich bis zu 1.200 Bundeswehrsoldaten wurden zunächst in die Hauptstadt Kabul und Umgebung entsandt. Deren Vorgehensweise sollte eher reaktiv und stabilisierend sein – ganz im Sinne des postmodernen Verständnisses vom Soldaten, deren Auftrag „Schützen, Helfen, Retten“ lautet. Trotz vereinzelter Gegrummels konservativer Heeresoffiziere, die immer schon den „Ernstfall Krieg“ propagiert hatten, stieß die Vorstellung vom „bewaffneten THW“ in Bundeswehruniform weithin auf Sympathie.

Erste Risse bekam diese Vorstellung, als die ersten Bundeswehrangehörigen verwundet, verstümmelt, traumatisiert oder gar tot in die Heimat zurückkehrten. Auch die stetig steigende Zahl der zivilen Opfer eines eskalierenden Konflikts sorgte für wachsende Irritationen. Überraschen konnte das keineswegs, hatte doch die NATO mit dem Segen des UN-Sicherheitsrats ihre zunächst auf die afghanische Hauptstadt und deren

Umfeld beschränkte ISAF-Mission bis Oktober 2006 auf das gesamte Land ausgeweitet.

Mit der Expansion des Besatzungsregimes einher ging der Wandel des Einsatzprofils der ISAF hin zu immer offensiveren Taktiken, um den afghanischen Widerstand zu bekämpfen. Dessen ungeachtet beschied noch im Juli 2008 der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung eine kritische Reporterfrage mit den Worten: „Ich will Ihnen eindeutig widersprechen, dass in Afghanistan Krieg ist – es ist dort eine andere Situation.“ Während sich die Politik solchermaßen in Selbst- und Wählertäuschung übte, pflegte das Militär längst eine deutlichere Sprache. „Auch wenn wir irgendwann sagen können, die Schlachten in Afghanistan oder woanders sind beendet, wird der Kampf gegen den Terrorismus ewig weiter gehen. Wir sind stark genug, ... und ... werden den Krieg gegen diesen Feind gewinnen“, hatte Heeresinspekteur Budde schon Ende 2006 bekannt. Mochte dabei auch die Sprachlogik etwas abhanden gekommen sein – der Verweis auf die kriegerische Realität traf den Nagel auf den Kopf.

Bellizistische Prosa

Mit der im Vorjahr von Präsident Barack Obama betriebenen Eskalation am Hindukusch wurde auch in Deutschland der Ton martialischer. „Die bisherige Taktik war hit and run, schießen und wegrennen. Das ist jetzt etwas anders“, ließ der ehemalige Generalinspekteur, General Wolfgang Schneiderhan, im Mai 2009 anlässlich einer Offensive im Raum Kundus verlauten, bei der die Bundeswehr mit dem Schützenpanzer Marder und 120 mm-Mörsern erstmals schwere Waffen einsetzte. Verteidigungsminister Jung gab derweil zu Protokoll: „Jeder, der unsere Soldaten und die unserer Alliierten in Afghanistan angreift, muss wissen, dass er bekämpft und zur Verantwortung gezogen wird.“ Flankiert wurde diese bellizistische Prosa von US-Sicherheitsberater James Jones, der mörderische Luftangriffe auf afghanische Dörfer wie folgt begründete: Man könne von den USA nicht erwarten, dass sie mit einer auf den Rücken gebundenen Hand kämpfen.

Erst Jungs Nachfolger Guttenberg sah sich zur rhetorischen Frontbegradigung genötigt: In Teilen Afghanistans herrschten „fraglos kriegsähnliche Zustände“. Er könne jeden Soldaten verstehen, „der sagt: In Afghanistan ist Krieg.“ Völkerrechtlich präzise auf den Punkt brachte Jurist Guttenberg den Sachverhalt mit seiner Verlautbarung, „dass es sich in Teilen Afghanistans um einen nicht-internationalen bewaffneten Konflikt handelt.“ Damit hat die von mehreren Bundesregierungen über Jahre geübte Praxis der Realitätsverweigerung ihr Ende gefunden. Zweifellos herrscht Krieg am Hindukusch und ebenso unverkennbar ist die Bundeswehr von einer Armee für den Frieden zur Truppe für den Krieg mutiert.

Nun hat Merkel endlich ihre lang erwartete neue Afghanistan-Strategie vorgestellt. Viel mehr als ein modifiziertes „Weiter so“ ist es nicht geworden. Zwar will die Bundesregierung ihre Ausgaben für den zivilen Wiederaufbau mit einem Volumen von 430 Millionen Euro fast verdoppeln, aber gleichzeitig bis zu 850 Soldaten mehr in die Kampfzonen im Norden Afghanistans schicken. Und die werden sich angesichts einer rapide verschlechterten militärischen Lage zusammen mit ihren bereits stationierten 4.395 Kameraden nicht allein auf die Ausbildung von afghanischen Soldaten konzentrieren können.

Viel wichtiger als Merkels Sandkastenspiel in Afghanistan wäre die Einsicht, dass der Westen dort auf verlorenem Posten steht. Schon Ende der sechziger Jahren ist in Südvietnam misslungen, was nun erneut am Hindukusch ausprobiert werden soll. Die Ausbildung einer Armee durch ausländische Besatzer unter den Bedingungen des Krieges – damals Vietnamisierung der Särge genannt – ist in Indochina ebenso kläglich gescheitert wie der Aufbau eines demokratischen Staatswesens durch eine ausländische Macht.

Hintergrund

Jürgen Rose ist Oberstleutnant der Bundeswehr und aus disziplinarrechtlichen Gründen gezwungen, darauf hinzuweisen, dass er in diesem Beitrag nur seine persönlichen Auffassungen vertritt

der Freitag Artikel-URL: <http://www.freitag.de/wochenthema/1004-im-sumpf-des-krieges>

Copyright © **der Freitag** Mediengesellschaft mbh & Co. KG